

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 7

Artikel: Afghanistan : gehen, bleiben oder abwarten
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094200>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In der UdSSR macht man die Bevölkerung auf die Möglichkeit aufmerksam, dass die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückgeholt werden könnten. Gleichzeitig macht man vorsorglich das feindliche Ausland dafür verantwortlich, dass sich dieses Vorhaben allfälligerweise noch nicht verwirklichen lasse. Zusammen ergibt dies, dass sich Moskau auch jetzt noch verschiedene Optionen offenlässt.

Afghanistan:

Gehen, bleiben oder abwarten

Der Afghanistan-Krieg erweist sich für die Sowjetunion zunehmend auch als innenpolitische Hypothek, die man in Moskau möglichst günstig loswerden möchte. Seit drei Jahren ist dort Michael Gorbatschow an der Macht, und seit langem nennt er Afghanistan eine «blutende Wunde» und spricht von einem Abzug der Sowjettruppen.

Demnächst nun soll es auch konkret soweit sein. Noch dieses Jahr will man erklärterweise den grössten Teil der Invasionstruppen heimholen, allerdings – trotz einer zeitweilig anderer Sowjetversion – abhängig davon, ob bei den indirekten Gesprächen zwischen «Afghanistan» und Pakistan in Genf eine politische Lösung gefunden wird oder nicht. Diese Gespräche finden seit 1982 unter UNO-Obhut statt; weder die Sowjets noch die Mujahedin sind dabei.

Grundsätzlich besteht kein Anlass, an den sowjetischen Abzug zu glauben, bevor er Tatsache geworden ist. Indessen kann man gewahren, dass die sowjetische Bevölkerung zum Teil bereits auf den Abzug vorbereitet wird, unter Desolidarisierung mit dem Regime von Kabul, was einer Desavouierung der bisherigen sowjetischen Position gleichkommt. Das brauchte man nicht zu tun, wenn das Abzugsversprechen ein Trick wäre.

Der Bericht der «Literaturnaja gaset», den wir in der letzten Nummer (Seite 2) vorgestellt haben, ist ein Beispiel für die innersowjetische Absetzbewegung, die erst begonnen hat. Sie widerrufbar zu machen, wird mit jedem Tag schwieriger, wenn schon Millionen sowjetischer Leser aus sowjetischen Quellen vernehmen, dass der seinerzeitige Interventionsbeschluss auf einer «Fehleinschätzung» der afghanischen Gegebenheiten beruht habe.

Wieviele Verluste?

Die mörderischen Folgen der Fehleinschätzung hatte und hat das afghanische Volk zu tragen: weit über eine Million Tote, ungezählte Invalide, 5 Millionen Flüchtlinge im Ausland, ebenso viele, die nach Verwüstung ihrer Dörfer und Felder im Inland heimatlos geworden sind.

Über die sowjetischen Verluste gibt es nur Schätzungen. Man kann als Faustregel akzeptieren, dass täglich 30 bis 40 Sowjetsoldaten «ausfallen», durch Tod, Verwundung oder Krankheit, gegebenenfalls auch durch Desertion oder Gefangennahme.

Die Angaben über die denkbaren sowjetischen Gesamtverluste während des Krieges variieren stark. Sowjetische Transportoffiziere in Kabul sprachen von «rund 50 000 Zinksärgen» (für gefallene Sowjetsoldaten, die man nach Möglichkeit in der Heimat bestattet). Demgegenüber schätzen sowjetische Überläufer zu den Mujahedin, es seien 10 000 bis 20 000 Sowjetsoldaten pro Jahr gefallen.

Laut Angaben sowjetischer Ärzte in Kabul sind seit Kriegsbeginn 1979 rund 100 000 Soldaten an Cholera, Typhus oder Hepatitis erkrankt.

Westliche Geheimdienste wiederum schätzen die Zahl der Gefallenen auf 35 000. Ausserdem hätten die Sowjets 3000 Panzer oder Panzerfahrzeuge sowie 900 Kampfflugzeuge und Kampfhelikopter verloren.

Wie lange hält sich das Regime?

Nun stellen sich neue Fragen. Wie lange und in welchem Ausmass vermag sich das Regime in Kabul nach einem allfälligen sowjetischen Abzug an der Macht zu halten? Einige der Muja-

hedin-Kommandanten tragen sich mit dem Gedanken, unmittelbar danach eine Gegenregierung zu bilden. Diese Absicht scheint westliche Regierungen mit Sorge zu erfüllen. Normalerweise anerkennen sie keine Regierung, die nicht die offizielle Hauptstadt kontrolliert. Man sieht das heute am Beispiel von Angola. Dort kontrolliert eine sowjetisch-kubanische Regierung, die nie gewählt wurde, die Hauptstadt Luanda und knapp ein Drittel des Landesterritoriums, aber das genügt für die Anerkennung durch die westlichen Länder. (Wie sich das bei umgekehrten politischen Vorzeichen verhalten würde, ist eine andere Frage...)

Ausserdem wird in westlichen Hauptstädten befürchtet, eine Gegenregierung der Widerstandskräfte werde der Sowjetunion als Anlass oder Vorwand dienen, mindestens den Norden Afghanistans weiterhin militärisch zu besetzen und diesen Teil des Landes sozusagen zu einer sowjetischen Provinz zu machen.

Die Meinungen gehen auseinander in der Frage, wie lange sich das Nadschib-Regime von Kabul nach dem allfälligen Abzug der Sowjettruppen an der Macht werde halten können. «Keine Stunde», meinen viele Mujahedin.

In den westeuropäischen Hauptstädten ist man da nicht so sicher. Man weist darauf hin, dass viele Einwohner der Hauptstadt echte Angst

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

vor den fundamentalistischen Mullahs haben, deren Abrechnung mit den Kollaborateuren gegebenenfalls viele arme Anpasser mit einbeziehen könnte. Dieser Reflex würde zugunsten des Regimes spielen. Indessen nehmen die wenigsten Beobachter an, dass sich dieses, wäre es von der sowjetischen Militärmacht erst einmal im Stich gelassen, auf die Dauer werde halten können. Die Zeit freilich spielt ihre Rolle. Hält sich Nadschib so lange, bis der Sowjetabzug aus ganz Afghanistan eine vollendete Tatsache ist, wird die Chance gross, dass der weitere Prozess unumkehrbar ist. Einen zweiten Einmarsch nach Afghanistan werden sich die Sowjets ganz anders überlegen als die blosser Weiterführung einer Truppenpräsenz.

Mujahedin warten ab

Im Moment scheinen die Mujahedin eher abzuwarten. Sie halten sich mit Angriffen und Überfällen offenbar zurück; die vergangenen Wochen verliefen relativ ruhig. Logischerweise

sollten die Partisanen erst recht bremsen, wenn der sowjetische Truppenabzug beginnt – falls er es tut. Kommt es zur Stunde X, wird sich das Regime in Kabul wahrscheinlich darauf konzentrieren, die Hauptstadt zu verteidigen, deren Belagerung durch die Widerstandskämpfer nicht auszuschliessen ist.

Unterdessen hat das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen (UNHCR) mit der Planung für die Rückkehr von vorerst zwei Millionen afghanischen Flüchtlingen aus Pakistan und einer weiteren Million aus Afghanistan begonnen. Planen darf man immer.

Dem Afghanistan-Artikel in der «Literaturnaja gaseta», den wir in der letzten Nummer besprochen haben, war ein Bericht über die «grausame Besatzungspolitik» der Israeli im Westjordanland und im Gasastreifen vorangestellt. In jenem Bericht wurde aufgezeigt, dass eine solche Besatzungspolitik «die Gesellschaft spaltet» . . .

**SOI-Hilfsfonds
Afghanistan
PC 30-4474-8 Bern**

Die Zusammenstellung mag Zufall sein, muss aber nicht. Viele Sowjets haben von «Afghanistan» ganz einfach die Nase voll und zeigen es mehr oder weniger direkt oder indirekt. Ob sie es sind, welche dann die faktischen Entscheidungen treffen, das ist dann nicht sicher. Noch haben die Sowjets jederzeit die Möglichkeit zur Verkündung, das Verhalten Pakistans und des amerikanischen Imperialismus mache den Truppenabzug aus Afghanistan unmöglich, und zwischen den Alternativmöglichkeiten von Gehen oder Bleiben liegen beliebige Möglichkeiten der Verzögerung. *Jacques Baumgartner*

Eine Sowjetprognose

Gedämpften Optimismus für eine kommunistische Kontinuität der Macht in Afghanistan nach dem Abzug der Sowjettruppen verbreitet ein Editorial von Wladimir Brodezki in «Moscow News» vom 27. März. Zwei Hauptargumente: Wenn die ausländischen Waffenlieferungen an die Rebellen aufhören, bleiben die Regimestreitkräfte als einzige gut bewaffnete militärische Macht zurück. Und wenn der Widerstand durch keinen ausländischen Feind mehr geeint wird, zerfällt er in seine zerstrittenen Fraktionen. Wir lassen einige Auszüge folgen.

Betrachten wir die Lage im März 1988, können wir zum Schluss gelangen, dass die Machtergreifung der revolutionären Kräfte den Sieg der Revolution in Kabul und in den Provinzhauptstädten bedeutete. Allerdings besteht die Bevölkerung zu 90 Prozent aus Bauern, und diese Massen haben die revolutionären Ideen noch nicht absorbiert. In ihrer Mehrheit hatten sie während der Jahre des «nicht erklärten Kriegs» keinen Vorteil von den Landreformen, und die Religion prägt die politische Situation immer noch erheblich mit. Die in- und ausländischen Feinde haben diese objektiven Gegebenheiten sowie die Fehler und Versagen der Revolution zu ihren Gunsten ausgenutzt.

In der Armee kommen die Soldaten durchwegs aus ländlichen und die Offiziere meist aus städtischen Verhältnissen. Erst in den letzten Jahren ist man durch vermehrte Polit- und Erziehungsarbeit darangegangen, zwischen Mannschaft und Offizierskorps ein Verständnis zu schaffen.

Heisst das alles zusammen, dass die gegenwärtige Führung keine wirkliche Macht im Land innehat? Keineswegs. Die Volksdemokratische Partei Afghanistans ist die grösste politische Kraft. Die Regierung verfügt über mächtige Streitkräfte, die exklusiv mit Flugzeugen, Helikoptern, Panzern, Schützenpanzern und schweren Waffen ausgerüstet sind. Die Kampfkraft und die politische Ausbildung der Regierungstruppen – erheblich verbessert in den letzten Jahren – zeigten sich besonders während der Kämpfe bei Khost.

So sind die entscheidenden militärischen Trümpfe in der Hand der Landesführung, obwohl die unterschiedlichen Oppositionskräfte über Bestände an Boden-Boden-Raketen und Boden-Luft-Raketen, an Panzerminen und Tretminen verfügen, die ihnen das Ausland liefert.

Unterschiedlich aber sind die Oppositionskräfte in der Tat. Weitgehend geeint wurden sie durch die Präsenz der Sowjettruppen in Afghanistan. Wenn erst die Abkommen über eine politische Lösung unterzeichnet sind, wird dieser Einigungsfaktor entfallen. Die echten Anzeichen einer Zersplitterung innerhalb der oppositionellen Ränge werden immer augenfälliger. (. . . Ausführungen über blutige Zwistigkeiten etc.)

Nur die Zukunft kann zeigen, welcher Art das Verhältnis zwischen der gegenwärtigen Regierung und den Oppositionskräften sein wird. Ermutigend in dieser Hinsicht sind die Bemühungen Kabuls zur Bildung einer breit abgestützten Koalitionsregierung. Die Regierung der Republik ist erklärterweise zu Gesprächen bereit: zu jeder Zeit, an jedem Ort, auf jeder Stufe mit jeglichen Oppositionskräften. (. . .)

Vom Beitrag in der «Literaturnaja gaseta», den wir in der letzten Nummer vorgestellt haben, un-

terscheidet sich dieser Beitrag erheblich. So wird Kabuls «Versöhnungspolitik» nicht als Sozialismusverzicht gewertet, der keine Sowjetunterstützung mehr lohne, sondern als positiver Schritt in Richtung auf die erwünschte politische Lösung usw.; der jeweilige Tenor ist flagranterweise ein völlig anderer. Gemeinsam aber ist beiden Beiträgen, dass sie die Sowjetöffentlichkeit (und vorrangig die internationale Öffentlichkeit im Falle der «Moscow News») auf einen Abzug der Sowjettruppen vorbereiten und deren Präsenz in Afghanistan als unerwünscht für die grosse Bevölkerungsmehrheit recht unverblümt zum Ausdruck bringen.

Beide Publikationen gehören zu den Vorreitern der Perestrojka unter den sowjetischen Medien, und man kann das Afghanistansthema auch näher am alten Behandlungsschema vorgesetzt erhalten. Indessen ist es trendmässig doch symptomatisch, wenn in unserem heutigen Beispiel nur von «oppositionellen Kräften» statt wie vor kurzem noch von «Banditen» die Rede ist. Seit diesem Jahr tauchen die Feindausdrücke «Banditen» und «Duschmanen» (ein ungefähres Synonym) auch in der sonstigen Sowjetpresse immer weniger auf und werden durch verschiedene Umschreibungen ersetzt, die gemildert negativ bis neutral sind (z. B. «Aufständische»).

Das alles ist noch sehr weit von einer wahrheitsgemässen Beschreibung dessen entfernt, was die Sowjets aus Afghanistan gemacht haben, und eine Entsprechung zur seinerzeitigen Unterrichtung der amerikanischen Öffentlichkeit über den Vietnamkrieg ist nirgends abzusehen. In dieser Hinsicht bleibt der Unterschied gewaltig. Ihn im Auge zu behalten, darf indessen nicht dazu verleiten, die Augen vor dem Unterschied zu schliessen, der zwischen der früheren und der jetzigen Sowjetberichterstattung besteht. Er muss an sowjetischen Verhältnissen gemessen werden, und in dieser Relation ist er eben auch gewaltig. cb